



# Gemeinsame Erklärung der Projektpartner von EU CONVINCING zur Förderung politischer Bildung und gemeinsamer europäischer Werte

Eine gemeinsame Initiative zur Förderung gemeinsamer europäischer Werte und inklusiver Bildung



Beteiligte Partner:





# Gemeinsame Erklärung der Projektpartner von EU CONVINCe zur Förderung politischer Bildung und gemeinsamer europäischer Werte

Eine gemeinsame Initiative zur Förderung gemeinsamer europäischer Werte und inklusiver Bildung

Auf der Grundlage der Erklärung zur Förderung der Unionsbürgerschaft und der gemeinsamen Werte der Freiheit, der Toleranz und der Nichtdiskriminierung durch Bildung, des Ziels Nr. 4 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zur Sicherung integrativer und hochwertiger Bildung für alle und zur Förderung des lebenslangen Lernens und des kürzlich verkündeten europäischen Pfeilers sozialer Rechte, betonen die Partner von EU CONVINCe, dass die Förderung gemeinsamer Grundwerte in und durch Bildung Grundsätze demokratischer Bürgerschaft enthalten muss. In einer sich ständig verändernden Welt zu leben, bedeutet nicht nur Anpassung an den Wandel und Assimilation. Aktive Bürgerschaft auf der Grundlage demokratischer Prinzipien bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft aktiv gestalten und verändern können. Jede Generation muss lernen und Möglichkeiten dazu haben, demokratische Prinzipien, Werte, Ideen und grundlegende Konzepte von Rechten und Pflichten auszuüben.

Die Partner von EU CONVINCe glauben, dass Bildung eine stärkere Rolle bei der Förderung gemeinsamer Werte und bei der Erziehung engagierter, kritisch denkender und aktiver Bürger spielen könnte.

Menschenrechtsbildung ist von grundlegender Bedeutung. Eine gemeinsame Definition und gemeinsame Relevanz von „Staatsbürgerschaft und gemeinsamen Werten der EU“ wie Demokratie, Freiheit, Toleranz, Nichtdiskriminierung, Gleichheit und Solidarität ist jedoch aufgrund der Vielfalt der politischen, historischen, religiösen, kulturellen und sozialen nationalen Kontexte in Europa eine besondere Herausforderung. Politische Bildung wird von der UNESCO definiert als *„Kinder von frühester Kindheit an zu klar denkenden und aufgeklärten Bürgern zu erziehen, die an gesellschaftlichen Entscheidungen partizipieren“*. Darüber hinaus betont der europäische Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen<sup>1</sup>, dass die Bürgerkompetenz *„den Einzelnen in die Lage versetzt, auf der Grundlage der Kenntnis sozialer und politischer Konzepte und Strukturen und eines Engagements für eine aktive und demokratische Teilhabe uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“*.

## Die Partner von EU CONVINCe halten es für unerlässlich:

- ausreichende und nachhaltige Investitionen in die Erstausbildung von Lehrkräften und die kontinuierliche berufliche Entwicklung zu fördern, um Lehrkräfte in Fragen der politischen Bildung zu unterstützen.
- einen gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertiger und integrativer Bildung und Chancengleichheit für alle unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Fähigkeiten und Bildungsbedürfnissen, wirtschaftlichem Status, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Religion und Staatsbürgerschaft zu gewährleisten.
- SchulleiterInnen, Lehrkräfte und anderes Bildungspersonal besser auszustatten, um kritisches Denken, demokratische Werte und Menschenrechte, bürgerschaftliches Engagement und einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien zu fördern, wobei es wichtig ist, die besonderen Herausforderungen zu erkennen, die in den lokalen Gemeinden in Bezug auf diese Themen bestehen.
- das Bildungsprogramm jeder Schule zu respektieren und den Wert von Vielfalt innerhalb der Schulsysteme anzuerkennen.
- die Entwicklung von pädagogischen Ansätzen, Methoden und Praktiken, die als Beispiele für Lehrkräfte zur Förderung

<sup>1</sup> Sowie UNESCO Declaration and Integrated Framework of Action on Education for Peace, Human Rights and Democracy (1995); Empfehlung CM/Rec(2010)7 zur Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung Mitteilung der Europäischen Kommission Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur - Beitrag der Europäischen Kommission zum Arbeitessen der Spitzenvertreter in Göteborg, 17. November 2017; Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) und weitere Dokumente.

<sup>2</sup> Participation in civil society, community and/or political life, characterised by mutual respect and non-violence and in accordance with human rights and democracy (Hoskins, B. A framework for the creation of indicators on active citizenship and education and training for active citizenship. Ispra, Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission, Forschungszentrum für lebenslanges Lernen, 2006).

<sup>3</sup> UNESCO Citizenship Education for the 21st Century, 1998.

<sup>4</sup> Recommendation 2006/962/EC of the European Parliament and of the Council of 18 December on key competences for lifelong learning, OJ L 394, 30.12.2006.



der sozialen Eingliederung<sup>5</sup> und Nichtdiskriminierung dienen können, zu fördern, insbesondere durch Peer-Learning und Austausch und Verbreitung von „best practices“.

- den Unterricht zu fördern, indem mit gutem Beispiel vorangegangen wird, um offene und sichere schulische Umgebungen zu schaffen, in denen SchülerInnen und Schulpersonal frei diskutieren und Erfahrungen austauschen können.
- Lehrkräften und anderem Bildungspersonal Autonomie zu geben, um Vielfalt zu managen. Vielfältigere Kollegien, Schulleitungen und akademische MitarbeiterInnen sollten ermutigt werden, des gegenseitigen Respekts zu unterstützen und das Ethos von Schulen und Bildungseinrichtungen zur Wertschätzung von Unterschieden und Vielfalt im Hinblick auf eine integrative Bildung zu stärken.
- Lehrkräfte bei der Definition der Kompetenzen zu unterstützen, die für die Arbeit in kulturell und sozial vielfältigen Klassen (z. B. SchülerInnen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund) erforderlich sind, und ihnen die Möglichkeit geben, ihre eigenen beruflichen Bedürfnisse zu erkennen und zu berücksichtigen.
- eine klare Vision der gesamten Schulgemeinschaft zu entwickeln auf der Grundlage von Dialog und konstruktiven Diskussionen und Partizipation aller schulischen Akteure, einschließlich Eltern und Verbänden von Schülern und Schülerinnen, über den Umgang mit Radikalisierung und Extremismus im Bildungskontext.
- sich auf den Erwerb sozialer, staatsbürgerlicher und interkultureller Kompetenzen zu konzentrieren, einschließlich des Erlernens, wie diese Kompetenzen in den jeweiligen nationalen und politischen Kontexten anzuwenden sind.
- gemeindebasiertes Lernen unter Berücksichtigung der Tatsache zu fördern, dass Schulen und Bildungseinrichtungen integraler Bestandteil der lokalen Gemeinschaften sind, die den SchülerInnen die Möglichkeit bieten können, ihre erworbenen sozialen, zivilgesellschaftlichen und interkulturellen Fähigkeiten anzuwenden.
- den Wert und die Nützlichkeit der Arbeit anderer Akteure bei der Förderung der integrativen Bildung im Allgemeinen und der staatsbürgerlichen Werte im Besonderen zu berücksichtigen (z. B. AssistentInnen von Lehrkräften, SozialarbeiterInnen, SchülerInnenorganisationen und Bildungsmittler/MentorInnen aus den Gemeinden für die Zusammenarbeit mit Schulen).

### EU CONVINC Partner befürworten:

- die Befähigung von SchulleiterInnen, Lehrkräften und anderem Bildungspersonal, gemeinsame Werte zu vermitteln und mit dem interkulturellen Dialog und der Vielfalt innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers umzugehen.
- die weitere Unterstützung und Beratung von Lehrkräften und SchulleiterInnen beim Zugang zu innovativen pädagogischen Ansätzen und Methoden.
- kultursensitive Lerninhalte, die unterschiedliche Perspektiven widerspiegeln, die Lehrinhalte an die lokalen Bedürfnisse anpassen und insbesondere außerschulische Aktivitäten unterstützen.
- die Unterstützung von Initiativen der Zivilgesellschaft innerhalb der nationalen Schulsysteme, die auf Werten basieren.
- eine stärkere Einbeziehung und Vernetzung von Lehrkräften und ErzieherInnen, SchulleiterInnen, Eltern und Lernenden innerhalb des Schullebens ('Ganzheitliches Schulkonzept'), um demokratischere Lernumgebungen zu unterstützen, damit die Lernenden Demokratie und gegenseitigen Respekt erfahren können ('demokratische Schulkultur').
- die Unterstützung der Forschung sowie ausreichende und nachhaltige Investitionen in eine qualitativ hochwertige Schulleitung und einen Lehrberuf, der auf einer exzellenten Erstausbildung von Lehrkräften, Teamarbeit und kontinuierlicher beruflicher Weiterentwicklung beruht, wenn es um die Vermittlung gemeinsamer europäischer Werte und politischer Bildung in der EU geht.
- die Stärkung internationaler, nationaler und regionaler Programme zur Mobilität und zum Austausch von Lehrkräften, AkademikerInnen und Studierenden, um ihnen zu helfen, unterschiedliche Artikulationen von europäischen Werten wie Demokratie, Freiheit und Toleranz in anderen Lernumgebungen und in anderen EU-Mitgliedstaaten zu erfahren.

<sup>5</sup> Die Weltbank definiert soziale Eingliederung als „den Prozess der Verbesserung der Bedingungen, unter denen Einzelpersonen und Gruppen an der Gesellschaft teilnehmen — durch Verbesserung der Fähigkeit, der Chancen und der Würde der Benachteiligten auf der Grundlage ihrer Identität.“

[www.csee-etuce.org](http://www.csee-etuce.org)

[www.facebook.com/etuce.csee](https://www.facebook.com/etuce.csee)  
Group: Schools for Inclusion

[@ETUCE\\_CSEE](https://twitter.com/ETUCE_CSEE)



Kofinanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union